

Zeitschrift:	Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber:	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band:	67 (1988)
Heft:	4
Artikel:	Überlegungen zur Parteiarbeit nach den eidgenössischen Wahlen 1987 : die politische Richtung stimmt : trotzdem brauchen wir Erneuerung
Autor:	Daguet, André
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-340604

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

würden, wenn die Gewerkschaften also ganz bewusst – und nicht, wie in der Vergangenheit, weil sie die Kraft dazu nicht hatten – auf die Ausschöpfung des Verteilungsräumes verzichten würden, würden dann mehr Arbeitslose eingestellt? Das hat schon nicht geklappt, nachdem die Gewerkschaften unfreiwillig auf die volle Ausschöpfung des Verteilungsspielraumes verzichtet haben.

Glaubt Oskar Lafontaine wirklich, dass Lohnverzicht Arbeitsplätze schafft, denn genau darauf läuft es ja wohl hinaus? Und glaubt Oskar Lafontaine tatsächlich, dass Solidarität und Gerechtigkeit schon dadurch vorwärts kämen, dass

man den Klassenkampf beseitigt – denn jede Tarifauseinandersetzung ist ein Stück Klassenkampf – und durch den Verteilungskampf innerhalb einer Klasse ersetzt? Sollen die Arbeitnehmer unter sich streiten, wer auf wieviel verzichtet, und dann darauf warten, ob die Arbeitgeber den so entstandenen Extra-Profit zu Neueinstellungen oder weiteren Rationalisierungsinvestitionen verwenden?

Dieses Spielchen ist in vielen Tarifverhandlungen schon in Form von hypothetischen Fragen und Angeboten gespielt worden. Die Arbeitgeber waren noch nie bereit zu erklären, dass bei einem gewissen Lohn- oder Gehaltsverzicht eine be-

stimmte Zahl von Arbeitnehmern eingestellt würde.

Im übrigen muss ich Oskar Lafontaine noch an einer zweiten Stelle korrigieren. Er beruft sich zu Unrecht darauf, dass ich bei einem Einkommen ab 8000 Mark seine Verzichtsvorschläge für akzeptabel betrachten würde. Ganz zu Recht sagt Oskar Lafontaine, dass die SPD nicht Tarifpartei sei. Ich füge hinzu: und es hoffentlich auch nie wird. Meine Hoffnung aber ist, dass die SPD eine Partei bleibt, in der sich auch die Arbeitnehmer mit ihren Interessen weiterhin zu Hause fühlen dürfen – und dass auch Oskar Lafontaine ein Hoffnungsträger bleibt.

Überlegungen zur Parteiarbeit nach den eidgenössischen Wahlen 1987

Die politische Richtung stimmt: Trotzdem brauchen wir Erneuerung

Von André Daguet, Leitender Zentralsekretär SPS

Die eidgenössischen Wahlen 1987 waren für uns alle nicht nur eine herbe politische Enttäuschung, sondern gleichzeitig ein politisches Alarmzeichen, uns um die Zukunft unserer Partei und unserer politischen Anliegen sehr intensiv und sehr grundsätzlich zu kümmern. Der SP-Wähleranteil hat mit einem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 18,3 Prozent (1983 immerhin noch 22,8 Prozent) einen Tiefstand erreicht. Eine Folge dieses Rückgangs: mit 41 Nationalratsmandaten (ohne PSU-Mandat) ist die SP-Fraktion auf den Stand von 1919 zurückgefallen.

Seit den Herbstwahlen haben innerhalb der SP auf verschiedensten Ebenen zahlreiche Diskussionen stattgefunden,

die schon sehr viel zur Offenlegung der Probleme und zur Klärung beigetragen haben (Konferenz der Kantonalpräsidenten und -präsidentinnen, Klausurtagung von GL-Mitgliedern zusammen mit weiteren Genossen und Genossinnen, Klausurtagung der Fraktion usw.). Diese Diskussionen haben bewusst gemacht, dass enorme Anstrengungen auf allen Ebenen der Partei, in den Sektionen, in den Kantonalparteien wie in der schweizerischen Partei notwendig sind, wenn es wieder aufwärts gehen soll.

Verändertes gesellschaftspolitisches Umfeld

Es besteht kein Zweifel, dass die Partei sich heute in einem

veränderten gesellschaftspolitischen Umfeld befindet, die mindestens teilweise Erklärungshilfen für die geschwächte Stellung der Sozialdemokratie der siebziger und achtziger Jahre liefern. Die SP kann sich aufgrund der Verschiebungen im sozialen Schichtgefüge nicht mehr im gleichen Mass auf ihre traditionellen Wählerschichten abstützen. Markante Verschiebungen ergeben sich im Verhältnis zwischen der traditionellen Arbeiterschicht und den Angestelltenschichten, zu denen auch die sogenannten neuen Mittelschichten gehören.

Zudem ist die ausländische Wohnbevölkerung in der Schweiz, die von der sozioökonomischen Situation her in

weiten Teilen der Arbeiterschicht angehört – der Anteil der Ausländer in einzelnen Gewerkschaften ist sehr hoch –, weder wahl- noch stimmberechtigt.

Stärken und Schwächen der heutigen Partei

Diese veränderte Landschaft schlägt sich natürlich auch im inneren Zustand und in der Entwicklung der Partei nieder. Der Mitgliederrückgang ist gross. Während die Mitgliederzahl in den siebziger Jahren zwischen 50000 und 55000 Mitgliedern lag, ist die Zahl der Mitglieder bis 1987 auf ungefähr 42000 gesunken. Aufgrund der Überalterung der Parteimitgliedschaft wird dieser Abwärtstrend auch bei aktivster Mitgliederwerbung nicht ohne weiteres aufzuhalten sein.

Dazu kommt eine gewisse Mobilisierungsschwäche innerhalb der Arbeiterbewegung allgemein, die allerdings nicht überall gleichförmig verläuft. In einzelnen Regionen ist die Partei sogar im Aufwärtstrend, wie die Wahlen vom vergangenen Herbst gezeigt haben.

Auf dem Weg zu einer neuen Identität

Wie keiner anderen Partei ist es der SP seit Ende der sechziger Jahre gelungen, nicht nur neue Themen, wie z.B. friedenspolitische, entwicklungspolitische, feministische oder umweltpolitische Themen, aufzugreifen und zu verarbeiten, sondern zugleich Mitglieder verschiedenster gesellschaftspolitischer Gruppierungen in der Partei zu integrieren (Frauenbewegung, Friedensbewegung, Anti-AKW-Bewegung, Umweltorganisationen usw.). Diese politische Sensibilität der Partei für neue Themen und Probleme hinterlässt allerdings auch ihre

Spuren. Der Weg von der alten zu einer neuen politischen Identität ist sehr schwierig. Der sogenannte Paradigmenwechsel der Partei – im Parteiprogramm von 1982 festgeschrieben – vollzieht sich nicht ohne Reibungsverluste und Enttäuschungen, parteiintern wie auch in der Wählerschaft.

Wir brauchen kein neues politisches Programm

Nach den Wahlen ist in der öffentlichen Diskussion von verschiedener Seite eine grundlegende Überprüfung der SP-Politik als Voraussetzung für eine Wiedererstarkung der Partei postuliert worden. Argumentation: die Partei vertrete zu stark grüne Anliegen, beschäftige sich zu viel mit Randgruppenproblemen oder vernachlässige allgemein traditionelle Themen wie sozialpolitische und arbeitnehmerpolitische Fragen. Eine Argumentationslinie, die nicht zuletzt einzelne bürgerliche Medien aufgenommen haben, die damit vor allem einen Hauskrach zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung belegen wollten.

In den vielen parteiinternen Diskussionen, die seit den Wahlen stattgefunden haben, hat sich die Erkenntnis inzwischen allgemein durchgesetzt, dass nicht das politische Programm der Partei als Ursache für die Wahlniederlage gesehen werden darf. Die politischen Grundlinien der Arbeit von Partei und Fraktion in den vergangenen Jahren wie auch im Wahlkampf selbst – auf der Grundlage des Programms von 1982 – waren richtig und sollten deshalb auch nicht in Frage gestellt werden. Im Gegenteil, es wird wichtig sein, den eingeschlagenen Weg auch in den nächsten Jahren konsequent weiterzuverfolgen.

Das Programm von Lugano ist ein Programm der Erneuerung.

Selbst bürgerliche Blätter haben der SP vor den Wahlen attestiert, dass ihre politische Leistungsbilanz in einer Gesamtbeurteilung gut ausschaut. Umwelt- und Sozialtarif haben dieses Faktum ihrerseits unterstrichen. Das Programm von 1982 und die darauf begründete Politik der Partei in den vergangenen Jahren bilden eine sehr gute Grundlage für die politische Erneuerung und den gesellschaftlichen Umbau in unserem Lande.

Der Umbruch hat seinen Preis

Es darf allerdings nicht verkannt werden, dass die Politik der SP in einer Phase des Umbruchs und des Wertwandels, die noch keineswegs abgeschlossen ist, nicht ohne Widersprüche, Ungereimtheiten und Reibungsverluste auskommt und sowohl in der vielschichtigen SP-Mitgliedschaft als auch in der sehr heterogenen SP-Wählerschaft sehr unterschiedlich aufgenommen und verstanden wird.

Doch auch wenn die politische Richtung grundsätzlich stimmt, darf nicht übersehen werden, dass unsere Politik nicht in allen Bereichen bereits genügend kohärent und genügend klar umrissen ist. Verschiedene Umfragen zeigen beispielsweise, dass die SP in der öffentlichen Meinung zwar über Kompetenz in sozialpolitischen Fragen verfügt, hingegen in der Wirtschaftspolitik im Unterschied etwa zur FDP eher schlecht abschneidet. Man kann diese negativen Einschätzungen als reines Imageproblem betrachten. Das wäre allerdings zu einfach. Die zahlreichen innerparteilichen Diskussionen im Nachgang zu den jüngsten Wahlen machen deutlich, dass die SP im Themenbereich Wirtschaft, Arbeit, Technologie Lücken aufweist, die in den kommenden Jahren ge-

schlossen werden müssen. Mit einer Ausarbeitung der SP-Wirtschaftspolitik muss die Partei überzeugende Antworten auf grundlegende Fragen von Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten geben können, wie z. B. Technologieentwicklung/Innovation, Demokratisierung der Wirtschaft/Mitbestimmungsfrage, Arbeitsplatz und Umweltpolitik, Arbeitszeitpolitik/Flexibilität oder Verhältnis Schweiz zur EG (in einer sozialdemokratischen Europaperspektive!).

Politische Arbeit besser vermitteln

Gute politische Programme und gute politische Arbeit nützen nur wenig, wenn sie nicht zugleich gut vermittelt werden können, sowohl nach innen, in der Partei, in den uns nahestehenden Organisationen als auch nach aussen, in der Öffentlichkeit, gegenüber den Wählern und Stimmbürgern. Aus dieser Überlegung heraus ist der Schluss zutreffend, dass wir nicht in erster Linie an unseren politischen Zielsetzungen herumschrauben müssen, um in Wahlen und Abstimmungen mehr Erfolg zu erreichen, sondern dass wir viel mehr Ressourcen in Zukunft darauf verwenden müssen, uns und unsere Politik besser, wirksamer, verständlicher darzustellen und uns mehr daran zu orientieren, ob unsere Politik längerfristig gesellschaftlich wirksam wird. Diese Feststellung beinhaltet auch, dass wir uns mehr als bisher mit der Frage befassen müssen, in welcher Weise unser öffentliches Image durch unsere Politik bzw. die Art und Weise der Darstellung beeinflusst wird.

SP als Hoffnungsträgerin

Wir müssen aus der Defensive

herauskommen. Unsere Identität nach aussen ist viel zu wenig von dem geprägt, was wir als Partei sein möchten, nämlich «Hoffnungsträgerin für eine bessere Zukunft», offensiv, innovativ, veränderungswillig. Wir sehen uns selber anders, als die Öffentlichkeit uns versteht. Wir müssen uns vermehrt damit beschäftigen, dass das Bild, das wir selber von uns haben, sehr stark von demjenigen differiert, das die Öffentlichkeit von uns gewinnt. Wir verstehen uns selber als Hoffnungsträger, vermitteln aber nach aussen nur allzu oft den Eindruck der Resignation oder neigen sogar dazu, uns gegenseitig in einer politischen Verliererrolle zu bekräftigen.

Schwieriger politischer Markt

Politische Parteien haben gesamtgesellschaftlich an Bedeutung verloren, Verbände dagegen an Gewicht gewonnen. Das Verhältnis der Wähler und Stimmbürger zu den politischen Parteien hat sich zudem im Verlaufe der letzten Jahrzehnte merklich verändert. Der politische Markt ist für die politischen Parteien schwieriger geworden. Verschiedene Untersuchungen jüngeren Datums belegen, dass die Bindung der Wähler und Stimmbürger an die politischen Parteien tendenziell abnimmt. Dieser Prozess trifft am stärksten die Regierungsparteien. Stimmbürger gehen auf Distanz zu den Parteien. Konsequenz dieser Entwicklung: Für Parteien ist es schwieriger geworden, Wähler und Stimmbürger für ihre Listen bzw. ihre Parolen zu mobilisieren. Der offene Markt der sogenannten Gelegenheitswähler und Gelegenheitsstimmbürger erfordert von den Parteien vermehrt sachpolitische Überzeugungskraft, qualitativ bessere Mobilisierungsstrategien, eine bessere Bündnispolitik von

Fall zu Fall sowie generell mehr Professionalität in der politischen Informationsarbeit.

Überforderung durch Vielfalt

Wichtige politische Fragen werden immer komplexer und damit auch erklärbungsbedürftiger. Die Sensibilisierung der Mitgliedschaft wie auch der Öffentlichkeit bedarf deshalb sehr intensiver Anstrengungen. Die Partei – das gilt nicht nur für die SP – ist in der Vielfalt der Themen und politischen Probleme oft überfordert, wirkt deshalb in der Öffentlichkeit zum Teil sprunghaft und bekundet nicht zuletzt Mühe, in dieser Vielfalt und Breite eine politische Identität zu schaffen.

Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, liegt nicht darin, den politischen Anspruch und das Selbstverständnis der Partei auf einige wenige Probleme und Themen zu reduzieren oder gar zur Einthemenpartei zu werden. Die Partei muss sich aber dennoch bemühen, politische Schwerpunkte zu setzen, die dafür um so konsequenter und kontinuierlicher nach innen und aussen bearbeitet und auf allen Ebenen der Politik, im Bund, im Kanton und auf der Ebene der Gemeinde durchgezogen werden. Diese Prioritätensetzung muss z. B. in der parteiinternen Informations- und Bildungsarbeit sowie in der Öffentlichkeitsarbeit ihren Niederschlag finden.

Mehr Kommunikation – auch mit den Sympathisanten

Eine politische Partei wie die SP ist eine komplexe Organisation, die nicht leicht zu steuern ist. Je komplexer die Organisation, desto grösser ist auch die Bedeutung der organisationsinternen Kommunikation im Sinne einer Vernetzung zwischen Zentrum, Kantonalpar-

teien und den Sektionen. Zu fördern ist deshalb unter anderem der Informationsaustausch auf horizontaler Ebene (Erfahrungen in der Gemeindepolitik, zwischen Exekutiv- und Parlamentsmitgliedern, zwischen Kantonalparteien). Von der SPS müssen in dieser Richtung neue Impulse ausgehen.

Von zunehmender Bedeutung wird in Zukunft die Pflege der Beziehungen zu den sogenannten Sympathisanten sein, die eine gewisse Bindung an die Partei haben, unter anderem vor allem sachpolitisch von der SP angesprochen sind, aber auch irgendwelchen Gründen den Beitritt als Mitglied nicht

(oder noch nicht) vollziehen möchten. Diese Sympathisanten sind nicht nur systematischer zu erfassen, sondern es sind auch die geeigneten Informationsgefässe und andere Kontaktformen zu schaffen, um die Verbindung zu ihnen verstärken zu können.

Die Sozialdemokraten und die Wirtschaft

Der Klassenkampf unter Objekten

Von Ruedi Winkler

In den Diskussionen um die bei den National- und Ständeratswahlen erlittenen Verluste der SP und Gewerkschaften taucht häufig und aus prominenten Münden der Ruf nach mehr Kompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen auf. Was damit genau gemeint ist – ob z. B. kompetente Kritikerinnen und Kritiker oder kompetente Interpreten der real existierenden Wirtschaftspolitik in unserem Land –, war jeweils nicht zu erfahren, auch nicht, warum denn eigentlich mehr Kompetenz in Wirtschaftsfragen eine so zentrale Stellung im «Erholungsszenario» der SP einnehmen soll.

Ich bin jedoch einverstanden, dass eine Partei, die sich als Arbeitnehmerpartei versteht und die vor allem auch den Schutz der Schwächeren als wichtiges Ziel versteht, in Wirtschaftsfragen kompetent mitreden können muss.

Dieser Beitrag setzt sich im ersten Teil mit ein paar grundsätzlichen Fragen auseinander und geht in einem zweiten Teil auf konkrete Vorschläge ein.

Versuchen, die Wirklichkeit wahrzunehmen

In seinem Buch «Die Ökologie

der Freiheit» schreibt Murray Bookchin (leider sehr kompliziert, aber meines Erachtens sehr zutreffend):

«Weder Ehre, ein Sinn für das «Warum», noch allgemeine Weisheit von den Dingen und Erscheinungen haben einen Platz in der Welt der modernen Industrie. Was in der Technik wirklich zählt, ist Effizienz, Quantität und die Intensivierung des Arbeitsprozesses. Die bestechende Rationalität, die bei der Produktion des Objektes am Werke ist, wird in die Rationalisierung des Subjekts verkehrt, bis die Subjektivität des Produzenten völlig verkümmert und dieser auf ein Objekt unter Objekten reduziert ist.»

Wieder Subjekte werden

Wenn ein Betrieb Leute wegen Rationalisierungsmassnahmen entlässt, wenn Textilbetriebe schliessen und die Asea Brown Boveri (ABB) ankündigt, dass sie weitere 2500 Beschäftigte entlassen werde, dann sind die Reaktionen der SP praktisch immer gleich: Man protestiert, macht, je nach Bedeutung, eine Interpellation auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene, spricht von den Bossen und zieht sich dann sehr bald ein-

mal auf die Forderung auf einen guten Sozialplan zurück. Das Reaktionsmuster der Gewerkschaften ist ganz ähnlich. Kaum je kommt zum Ausdruck, dass auch die Befürworter unseres Wirtschaftssystems längst deren Abhängige geworden sind, oder, in Anlehnung an Bookchin, wir eine Gesellschaft von Objekten sind, in der die Subjekte fast völlig ausgestorben sind.

Unter diesen Objekten gibt es zwar solche, die wesentlich mehr zu sagen haben als andere und die ganz wesentlich mehr Geld verdienen als andere, aber zwischen den Möglichkeiten eines heutigen Managers, seinen subjektiven Willen durchzusetzen, und z. B. jenen eines Unternehmers zu Beginn der Industrialisierung liegen Welten. Dass damit der Klassengegensatz – der nach wie vor besteht – eine andere Qualität bekommt, nämlich in Richtung Verteilungskampf von letztlich gleichen Zwängen, kann kaum bestritten werden.

Das «Warum» ist der Technik abhanden gekommen

Im bereits oben zitierten Buch führt Bookchin an anderer Stelle aus: «Im klassischen